

Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**der 43. Sitzung des Landtages Brandenburg
am Mittwoch, dem 5. April 2017**

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach die Präsidentin Worte des Gedenkens an die Opfer des Attentates von London und des Anschlages von St. Petersburg. Die Mitglieder des Landtages gedachten ihrer in einer Schweigeminute.

Die Präsidentin informierte darüber, dass der Antrag „Ultrafeinstaubmessstationen im Umfeld des zukünftigen Flughafens BER“ (Drucksache 6/6268) durch den Antragsteller zurückgezogen wurde.

Des Weiteren informierte sie darüber, dass der Unterausschuss des Ausschusses für Haushaltskontrolle in seiner Sitzung am 14. März 2017 Herrn Abgeordneten Gliese zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat.

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Thema:

Brandenburgs Erfolgsgeschichte fortschreiben - Bestandsaufnahme und Ausblick zur Halbzeit der 6. Legislaturperiode

Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache 6/6304

vom 28.03.2017

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6362

vom 04.04.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 2 - Fragestunde

Drucksache 6/6351

vom 03.04.2017

Drucksache 6/6356

vom 03.04.2017

Drucksache 6/6321

vom 29.03.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 827 bis 850 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet.

TOP 3 - 500 Jahre Reformation - 500 Jahre Wort und Wirkung

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6308

vom 28.03.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6370

vom 04.04.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 4 - Gesetz zur Verbesserung der kommunalen Kooperation

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6257

vom 21.03.2017

1. Lesung

Der Landtag lehnte den Gesetzentwurf in 1. Lesung ab; damit hat sich der Gesetzentwurf erledigt.

TOP 5 - Sorbisch muss erhalten bleiben

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6310

vom 28.03.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6365

vom 04.04.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 6 - Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Ladenöffnungs- gesetzes

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/5274

vom 17.10.2016

2. Lesung

Änderungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6311

vom 28.03.2017

Der Landtag lehnte den Änderungsantrag ab.

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Drucksache 6/6293

vom 28.03.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6294, Neudruck

vom 27.03.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 7 - Gesetz zur Neuregelung der Aufsicht über die Versorgungseinrichtungen der Freien Berufe im Land Brandenburg

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/4949

vom 23.08.2016

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

Drucksache 6/6319

vom 03.04.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 8 - Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Präsidentin des Landtages

Drucksache 6/5342

vom 28.10.2016

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses

Drucksache 6/6339

vom 31.03.2017

Gemäß § 46 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg findet eine 3. Lesung statt.

TOP 9 - Gesetz zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6275

vom 23.03.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Hauptausschuss überwiesen.

TOP 10 - Erstes Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6313

vom 28.03.2017

1. Lesung

Der Landtag nahm den Gesetzentwurf in 1. Lesung an.

TOP 11 - Arbeitsmarktpolitik

Große Anfrage 17 der AfD-Fraktion

Drucksache 6/5150

vom 23.09.2016

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/5757

vom 22.12.2016

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 17 zur Kenntnis.

TOP 12 - Medienwirtschaft Brandenburg weiter stärken - Medienpolitik als Querschnittsaufgabe der Landespolitik fortentwickeln!

(gemäß Beschluss des Landtages vom 10.03.2016 - Drs. 6/3361-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/6276

vom 23.03.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 13 - Konzept der Landesregierung für das Jubiläum „200 Jahre Fontane“

(gemäß Beschluss des Landtages vom 10.06.2016 - Drs. 6/4294-B)

Konzept der Landesregierung

Drucksache 6/6277

vom 23.03.2017

Der Landtag nahm das Konzept der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 14 - Fachkräftebericht für den Bereich der Kindertagesbetreuung fort-schreiben

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6198, Neudruck

vom 14.03.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

Britta Stark
Die Präsidentin

Anlagen

zum Beschlussprotokoll 6/43

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 43. Sitzung des Landtages Brandenburg

Beschluss des Landtages Brandenburg

500 Jahre Reformation - 500 Jahre Wort und Wirkung

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 43. Sitzung am 5. April 2017 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Auch wenn Brandenburg nicht das Kernland der Reformation war, so war das Wirken von Martin Luther tief mit unserem Land verbunden. Unzählige Akteure in Kommunen, Kultureinrichtungen, in Staat und Kirche in Brandenburg arbeiten seit Jahren daran, an das 500. Jubiläum der Reformation in diesem Jahr zu erinnern und Anknüpfungspunkte für unsere heutige Gesellschaft zu zeigen. Einer der wichtigsten Akteure in Brandenburg ist dabei das Kulturland Brandenburg, das sein Themenjahr 2017 unter die Überschrift ‚Wort & Wirkung. Luther und die Reformation in Brandenburg‘ gestellt hat.

So waren der Ablasshandel und die Predigten des Dominikaners Johann Tetzel in Jüterbog einer der Anstöße für die 95 Thesen Martin Luthers. Dass aber nicht nur mit Worten um den richtigen Weg gerungen wurde, zeigt die Schlacht bei Mühlberg, bei der sich 1547 das katholische Heer Kaiser Karl V. und die Truppen des protestantischen Schmalkaldischen Bundes im ersten Religionskrieg auf deutschem Boden gegenüberstanden. Andererseits steht die heutige Ökumene für einen der größten Aussöhnungsprozesse weltweit. Vieles lässt sich aus der Reformationsgeschichte auch für die Bewältigung heutiger gesellschaftlicher Herausforderungen und Konflikte ablesen.

Das Reformationsjubiläum 2017 bietet in diesem Zusammenhang eine einmalige Chance, sich die wechselvolle Geschichte Brandenburgs und die gesellschaftlichen Folgen der Reformation bewusst zu machen. Der Landtag begrüßt deshalb ausdrücklich, dass das Kulturland Brandenburg das Reformationsjubiläum dafür nutzt, unter dem gemeinsamen Titel ‚Wort & Wirkung. Luther und die Reformation in Brandenburg‘ in gut 300 Veranstaltungen wichtige Orte, Persönlichkeiten und Folgen der Reformation in Brandenburg erfahrbar zu machen. Alle Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs sind dazu aufgerufen, das Reformationsjubiläum als eine Chance zur Auseinandersetzung mit den Wurzeln unserer Gesellschaft, unserer Werte und unserer Überzeugungen zu nutzen, um unabhängig von unseren konfessionellen und humanistischen Wertvorstellungen unser Zusammenleben positiv zu gestalten.

Der Landtag dankt der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gGmbH, dem Kulturland-Team sowie den vielen, teils ehrenamtlichen Akteuren in Kommunen und Landkreisen, in Vereinen, in Kirchgemeinden, in

Kultur- und Tourismuseinrichtungen für die Vorbereitung und Durchführung des Reformationsjubiläums in Brandenburg. Gleichzeitig begrüßt er, dass der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag in der Hauptstadtregion seinen Beginn findet und mehrere Veranstaltungen in Brandenburg durchgeführt werden. Das Land Brandenburg unterstützt den Trägerverein des 36. Deutschen Evangelischen Kirchentages bei der Durchführung mit 1 000 000 Euro.

Wir sind uns sicher, dass das Reformationsjubiläum viele positive Spuren in unserem Land hinterlassen wird. Insbesondere appelliert der Landtag an die Landesregierung, dazu beizutragen, dass die zahlreichen überregionalen Netzwerke, die in Vorbereitung auf das Jubiläum entstanden sind, nachhaltig wirksam bleiben.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Sorbisch muss erhalten bleiben

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 43. Sitzung am 5. April 2017 zum TOP 5 folgenden Beschluss gefasst:

„Niedersorbisch als vom Aussterben bedrohte Minderheitensprache bewahren und revitalisieren

I. Der Landtag stellt fest:

Die sorbische/wendische Minderheit ist mit ihrer Sprache und Kultur eine große Bereicherung für das Land Brandenburg. Deshalb bekräftigt der Landtag vor dem Hintergrund der Verfassung des Landes Brandenburg, des Gesetzes über die Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg und des von der Landesregierung beschlossenen Landesplanes zur Stärkung der niedersorbischen Sprache das Recht der Sorben/Wenden auf Bewahrung und Förderung ihrer Sprache. Gerade der Bildungsbereich - Schule wie Kita - ist für die Zukunft des sorbischen/wendischen Volkes und den Erhalt der nur in der Niederlausitz gesprochenen niedersorbischen Sprache von herausragender Bedeutung.

Das Recht der Sorben/Wenden, ihre sprachliche Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, kann nur dann wirksam in Anspruch genommen werden, wenn das Land an Kitas und Schulen im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden besondere Bedingungen schafft. Der Landesgesetzgeber hat vor diesem Hintergrund den Kindern und Jugendlichen im angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden, die oder deren Eltern es wünschen, das Recht auf den Erwerb und das Erlernen der niedersorbischen Sprache in den Kitas und Schulen zu garantieren.

Die Landesregierung überarbeitet aktuell die landesgesetzlichen Regelungen. Sie muss damit auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schul- und Kita-Gesetzgebung im Sinne der Europäischen Minderheitenabkommen und des Sorben/Wenden-Gesetzes ausgelegt und angewendet wird.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung, bei der Überarbeitung der Verordnung über die schulischen Bildungsangelegenheiten der Sorben/Wenden vom 31. Juli 2000 (GVBl. II S. 291) die von sorbischer/wendischer Seite eingegangenen Stellungnahmen einzubeziehen und dabei unter anderem folgende Punkte zu beachten:

- Schaffung von geeigneten Möglichkeiten für Witaj-Kinder zum Ausbau ihrer spezifischen sprachlichen Kenntnisse in der Grundschule sowie der SEK I und SEK II,
- Sicherung eines anschlussfähigen niedersorbischen Sprachangebots von der Witaj-Kita zur Grundschule und von der Grundschule zur weiterführenden Schule,
- Orientierung der Mindestgröße von Lerngruppen in Sorbisch/Wendisch an der Regelung in Sachsen,
- Begrenzung des jahrgangsübergreifenden Unterrichts in Sorbisch/Wendisch auf möglichst zwei benachbarte Jahrgangsstufen,
- Sicherung von bilinguaem Unterricht an Grundschulen wie bisher in mehreren Fächern,
- Erhalt der Regelung zu Arbeitsgemeinschaften Sorbisch/Wendisch,
- Schaffung von Regelungen zur Qualifizierung und Fortbildung von Lehrkräften für den Sprach- und den bilingualen Unterricht,
- Aufnahme grundlegender Begriffsklärungen (z. B. Muttersprache, Zweitsprache, Fremdsprache),
- Verwendung der in den Europäischen Minderheitenabkommen üblichen Bezeichnung für die Mindersprache, also Niedersorbisch.

Die Landesregierung wird gebeten, den zuständigen Fachausschuss regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten an den gesetzlichen Regelungen und über deren Umsetzung zu unterrichten.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 43. Sitzung am 5. April 2017 zum TOP 6 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Das Brandenburgische Ladenöffnungsgesetz hat sich seit seiner Verabschiedung im Jahr 2006 und seiner Novellierung 2009 in der Praxis bewährt. Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes berücksichtigt den besonderen verfassungsrechtlichen Schutz der Sonn- und Feiertage. Gleichzeitig werden Auslegungsprobleme des Gesetzes durch die Kommunen und kreisfreien Städte beseitigt. Im Rahmen einer Neuregelung des § 5 Absatz 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes wird eine Differenzierung zwischen der Öffnung von Verkaufsstellen im Gemeindegebiet aus besonderem Anlass und einer Öffnung von Verkaufsstellen aus Anlass besonderer regionaler Ereignisse vorgenommen, ohne dass es zu einer Ausweitung der Ladenöffnungsmöglichkeit an Sonn- und Feiertagen kommt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Umsetzung des geänderten Gesetzes dahingehend zu begleiten, dass
 - a) die Übereinkunft zwischen ver.di, dem Städte- und Gemeindebund, dem Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V. und der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg vom 23. November 2012 neu aufgelegt wird. Danach soll die Ermächtigung nach § 5 Absatz 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes ausschließlich dazu dienen, den Bedürfnissen eines in Folge des besonderen Ereignisses vorhandenen beträchtlichen Besucherstroms Rechnung zu tragen und dem Einzelhandel die Möglichkeit zu geben, den Zustrom der Besucher geschäftlich zu nutzen. Danach liegt ein besonderes Ereignis nur dann vor, wenn die Veranstaltung viele Besucher und in der Regel nicht nur die Einwohner einer Gemeinde oder Stadt, sondern auch auswärtige Besucher anzieht;

- b) keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter mehr als sechsmal pro Jahr an Sonn- oder Feiertagen eingesetzt werden. Die Ergebnisse des vom Handelsverband Berlin-Brandenburg e. V. angekündigten Monitorings sind auszuwerten, um gegebenenfalls Schlussfolgerungen für notwendige Änderungen zu ziehen,
- 2. zu prüfen, inwieweit Nummer 1 auf dem Wege eines Erlasses geregelt werden kann.

Der Landtag erwartet, dass der Einsatz der Beschäftigten an Sonn- und Feiertagen entsprechend honoriert wird.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Fachkräftebericht für den Bereich der Kindertagesbetreuung fortschreiben

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 43. Sitzung am 5. April 2017 zum TOP 14 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den Fachkräftebericht vom 12. August 2013 fortzuschreiben und dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport bis zum Ende des 2. Quartals 2018 vorzulegen.

Im Fachkräftebericht soll insbesondere Augenmerk gelegt werden auf:

- a) Deckung des Fachkräftebedarfs generell,
- b) Personalfluktuations in den Kindertagesstätten sowie Verbleib im Beruf und in Beschäftigung,
- c) Verbleib der in Brandenburg ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher bzw. Gründe für ihre Abwanderung,
- d) Regional unterschiedliche Personalbedarfe (Berliner Umland/weiterer Metropolitanraum).

In Verbindung damit sollen auch die Maßnahmen und Programme zur Fachkräftesicherung und deren Weiterentwicklung dargestellt werden. Die Analyse soll darüber hinaus Chancen und Hindernisse für die Etablierung von multiprofessionellen Kita-Teams beschreiben. Dabei geht es um das Zusammenwirken unterschiedlicher Kompetenz- und Professionsprofile.“

Britta Stark
Die Präsidentin